

Stellungnahmen zur Gemeinderatsitzung | Mi, 15.11.23

Kommunale Wärmeplanung

Sehr geehrte Damen und Herren,

die kommunale Wärmeplanung, das Heizungsenergiegesetz und die nicht zuletzt auch emotionalen Reaktionen politischer Akteure (auf Bund-, Land- und Kommunalebene) haben in den letzten Monaten für viel Gesprächsstoff und mitunter auch für Frust bei einigen unserer Bürger gesorgt.

Viele sehnen sich nach der Fernwärme, nicht wenige fürchten sich vor der Wärmepumpe, vor allem vor den Kosten und einem möglich geringeren Wirkungsgrad und davor, ihr Haus von Grund auf sanieren zu müssen. Und natürlich: woher soll das ganze Geld – und die ganzen Handwerker – für diese Invests kommen?

Städte und Kommunen müssen eine kommunale Wärmeplanung aufziehen, das ist mit Sicherheit richtig. Und eigentlich wissen wir es doch: so, wie bisher kann es nicht weitergehen. Nicht nur der Strom, auch das heizen muss nachhaltiger werden – und vor allem: unabhängiger von Gas.

Auch wenn das formulierte – bzw. irgendwo her errechnete – Klimaszenario utopisch klingt: 2021 ging man von über 200 mio kWh/a aus und diese sollen sich bis 2040 auf ca. 40 mio kWh/a senken – wir sollen also in diesen nicht mal 20 Jahren auf Basis unseres derzeitigen Lebensstandards insgesamt 60% weniger Wärmeenergie benötigen? Das würde ja bedeuten, dass in den nächsten Jahren nichts anderes in Schwetzingen gemacht würde, als energetisch sanieren... wir halten das für – sagen wir mal: „ambitioniert“.

Auf der anderen Seite: die Richtung stimmt, in die müssen wir gehen: wenn Bestandsgebäude saniert werden muss, dann klimagerecht – bei Hausfassade und Heizung. Wird aber unseres Erachtens aktuell ohnehin gemacht, bei Neubauten ja sowieso.

Zentral in der Wärmeplanung sind der Maßnahmenkatalog und hier spielen die Stadtverwaltung und die Stadtwerke als kommunaler Versorger die beiden zentralen Rollen – zumal die Stadtwerke ja der hiesige Anbieter der begehrten Fernwärme sind.

Gut ist, dass die Stadtwerke aktiv an einer Fernwärme-Nachverdichtung arbeiten müssen. Sie müssen proaktiv und das Interesse der Immobilieneigentümer nach Fernwärme schriftlich abfragen und zwar in Bereichen vorhandener oder geplanter FW-Leitungen und insbesondere auch in Bereichen potenzieller Ausbaugebiete. Die Stadtwerke können damit ihre Fernwärmestrategie besser planen.

Und trotzdem ist bereits heute klar: Es werden nicht alle Bürger an die Fernwärme angeschlossen werden können. Die Stadtwerke sind ein Unternehmen, ein kommunales zwar, aber am Ende geht es auch hier darum, Kosten zumindest zu decken.

Aber umso wichtiger ist ein zentraler Baustein, wenn man bei Bürgern nicht den Frust hervorrufen will. Die Bürger wollen und brauchen Planungssicherheit. Sie müssen wissen, kommt die Fernwärme oder kommt sie nicht. Daher ist das Gebot der Stunde für Stadt und Stadtwerke: Transparenz,

Transparenz, Transparenz. Und zwar nicht nur durch irgendeine Offenlage durch irgendwelche Pläne, sondern über eine diffizile Pressearbeit.

Es ist absolut notwendig, dass die Stadtwerke ihr Vorgehen, den Ausbauprozess sowie ihre Entscheidungen bezüglich ihrer Leitungs- und Ausbaupolitik transparent darlegen. Es wird Haushalte geben, die von der Fernwärme nicht profitieren werden. Und das muss gerade ein kommunales Unternehmen den Bürgern erklären können, wieso Haus A angeschlossen wird und Haus B nicht. Und natürlich müssen auch diese Bad News für den Einzelfall erklärt werden:

Nehmen wir mal das Kleine Feld, das ja eigentlich nicht zu den Ausbaubereichen für die Fernwärme zählt. Dann müssen die Stadtwerke aber dann womöglich trotzdem erklären:

- JA, wir legen die Fernwärmeleitung unterm Rondell zu den Mehrfamilienblöcken z.B. in der Collini-, Linck- oder Weinbrennerstraße, weil sich das lohnt und rechnet,

und

- NEIN, wir schließen ansonsten keine Ein- bis Dreifamilienhäuser an, weil sich das nicht rechnet.

Das muss man nicht nur denken, das muss man sagen und man muss es auch schreiben und transparent kommunizieren. Und man muss kommunizieren, warum man nicht Steuergeld oder andere Gelder für Einzelhaushalte ausgibt oder – wie in der Vergangenheit in Teilen der Innenstadt passiert – warum dann auf einmal doch.

Da der Gemeinderat gemäß der Planung ebenfalls final einen Satzungsbeschluss zur Ausweisung von Eignungsgebieten (und womöglich auch Ausnahmen in den bislang festgesetzten Ausbaubereichen) beschließen wird, gilt es, einige Fragstellungen im Vorfeld von den zuständigen Instanzen Stadtwerke und Stadtverwaltung zu klären.

Gut: eine andere Frage, woher die ganze Fernwärme den kommen soll, ist noch nicht geklärt. Hört man auf Staatssekretär André Baumann von den Grünen, dann geht das nur mit Tiefengeothermie.

Aber auch hier gilt es transparent zu sein und den Leuten wahren Wein einzuschenken: welche Risiken gibt es konkret? Wer bezahlt am Ende, wenn wirklich was passiert? Reicht die Versicherungsabdeckung der Firmen tatsächlich? Wird nicht am Ende doch Lithium gefördert? Und wird nicht dadurch ein enormer Grundwasserverbrauch erzeugt, der bei sinkendem Grundwasserspiegel an anderer Stelle dann fehlt?

Und vor allem wird es darum gehen, die Menschen bei der Geothermie profitieren zu lassen, und zwar nicht nur in dem Sinne, dass sie versorgt sind. Und dass die Förderung dann irgendein seltsames Firmenkonglomerat umsetzt, dass dann die Gewinne einstreicht. – Auch hier: Transparenz und Vertrauen: Wieso setzen nicht die Stadtwerke – zumindest anteilig – die Geothermie um? Oder wieso arbeitet man nicht mit offenen Gesellschaftsformen, bei denen auch Bürger Geothermieanteile kaufen können, ob das dann eine Genossenschaft sein muss (so wie es beim Thema Photovoltaik bereits existiert), ist ja erst mal egal.

Zentral sind bei der Wärmewende: Ehrlichkeit, Transparenz und Partizipation – ansonsten gibt das nix und treibt im Gegenteil eine mögliche Spaltung der Gesellschaft nur voran.